

„PPP ist ein neoliberales Instrument zur Mehrung des Profits von Privaten auf Kosten der Öffentlichkeit und gehört aus meiner Sicht beerdigt.“ (Sven Schulz, MdB)*

Die Schwarze NULL: Der Haushalt der Großen Koalition

Swen Schulz, Mitglied des Dt. Bundestages, Mitglied des Haushaltsausschusses, stellt sich den Fragen der Privatisierungskritikerin Gerlinde Schermer zum Thema.

Moderation: Claudia Blume, stellv. Vorsitzende SPD Abt. 12 Petersburger Platz

Donnerstag, 30. Oktober ab 19.00 Uhr im Wahlkreisbüro der SPD (Telefon: 030 – 2936 3364)

Grünberger Straße 4, 10243 Berlin - Friedrichshain

Nähe U-Bhf.: Frankfurter Tor / S+U-Bhf. Warschauer Str.

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern Berlins: Die "Schuldenbremse" ist nicht der Weisheit letzter Schluss. Das Prinzip der "Wettbewerbsfähigkeit" ebensowenig.

Doch Vizekanzler Gabriel und Bundeskanzlerin Merkel bekennen sich zur "Schwarzen Null", sie setzen damit die gesamte Volkswirtschaft und die Menschen unter ein räuberisches Wettbewerbsdiktat. Warum und wofür? Vor dem Hintergrund der Versäumnisse der vergangenen 20 Jahre bei der Instandhaltung und dem Ausbau der öffentlichen Infrastruktur hat Bundeswirtschaftsminister Gabriel einen "Expertenrat" gegründet, der angesichts des selbst gesetzten Verbotes bei den Vermögenden die Steuern zu erhöhen und des faktischen Schuldenverbotes, angeblich "neue" Wege suchen soll, um privates Kapital für öffentliche Investitionen zu "aktivieren" (Öffentlich-Private-Partnerschaft ÖPP/PPP).

Hinten herum sollen also Private die Kredite aufnehmen, damit man sie im Haushalt nicht sieht! Eine Umgehung der Schuldenbremse, aber billiger ist das nicht, im Gegenteil!

Ist dieser Kurs hinnehmbar? Nein, denn Berlin kennt schon heute das Ergebnis solcher "Strukturreform-Politik"!

Das Land Berlin handelt seit 17 Jahren egal unter welcher Regierung, nach der politischen Maßgabe "Sparen bis es quietscht". In den 1990ern wurden die Betriebe der Daseinsvorsorge zur "Haushaltskonsolidierung" durch Verkäufe und den viel gerühmten aber desaströsen Public-Private-Partnership-Modellen wie "Bankgesell-

schaft Berlin" oder "Teilprivatisierung Wasserbetriebe" den Konzernen zum Plündern ausgeliefert. Privatisiert wurde öffentliches Vermögen für insgesamt 13,6 Mrd. € (GASAG, BEWAG, Wohnungsbaugesellschaften).

Zwischen 11%-13% Rendite jährlich haben die Privaten mit dem Berliner Wasser ohne jedes Risiko auf ihr eingesetztes Kapital gemacht, abgesichert durch den "Vertragspartner" Staat, der den Bürger zahlen lässt. Die Kosten des Bankenskandals, des vertraglichen Zusammenfügens einer privaten Bank mit der staatlichen Sparkasse sind neben dem dauerhaften Verlust der (Einnahmen) der Berliner Sparkasse immens.

Eine Wiederholung im Bundesmaßstab können die Berliner nicht wollen!

Erst durch den erfolgreichen Wasser-Volksentscheid wurde 2011 die politische Kurskorrektur eingeleitet. Nun wird "re-kommunalisiert", allerdings so, dass die öffentlichen Betriebe ebenfalls Gewinn- und wettbewerbsorientiert geführt werden. Unter dem Druck der "Schuldenbremse" wird nun gleichwohl von den öffentlichen Betrieben "Rendite" zur Tilgung ihres Rückkaufs verlangt, auf Kosten der Instandsetzung, der Infrastruktur, der Beschäftigten und natürlich der Kunden. Statt höherer Steuern, die die Schwarz/Rote Koalition aus Wettbewerbsgründen ausschließt, zahlen nun alle, die die Öffentlichen Dienste brauchen, mehr zur Sicherung der Gewinnmarge der Unternehmen und der Banken!

Das Land Berlin hat heute 62 Mrd. € Schulden, Schattenhaushalte nicht mitgerechnet.

Die Pro-Kopf-Verschuldung der Berliner ist seit Jahren ansteigend, trotz „Haushaltskonsolidierung“ (2011 waren es 17.695 € / Einwohner, 2012 18.237 € / Einwohner, 2013 18.382 €/Einwohner). Damit übersteigen diese Schulden die "Schwellenwerte" des Stabilitätsrates um mehr als 3000 € / Einwohner/Jahr!

Zudem überschreitet Berlin seit Jahren die Zins/Steuerquote, die Auskunft darüber gibt, welcher Anteil der aktuellen Steuereinnahmen durch Zinsverpflichtungen aufgrund der vergangenen Kreditaufnahmen gebunden sind. 14,1% der Steuern wurden in Berlin 2013 für Zinsen ausgegeben. Dieses Geld fehlt für öffentliche Aufgaben. Berlin hätte jährlich 2 Mrd. € mehr Geld im Haushalt, gäbe es diese Zinsen nicht!

An die Gläubiger tritt aber niemand heran.

1994 wurde der Länderfinanzausgleich "neu" geregelt und Berlin jährlich 4 Mrd. € weniger vom Bund gezahlt. Da waren sich alle "Geber" einig. Den Berlinern selbst wurde so immer mehr aufgelastet, was den Schuldenberg wachsen ließ und den Rot/Roten Senat zur Klage auf Hilfen vom Bund veranlasste. Die Klage des Landes Berlin von 2003 auf Schuldenübernahme des Bundes in einer Größenordnung von ca. 35 Mrd. € wurde abgewiesen, und damit das Privatisieren und Kürzen erzwungen! Das hat die Probleme vergrößert!

Dennoch wird seitens der Rot/Schwarzen Regierung in Berlin politisch so getan, als habe Berlin seine "Schulden im Griff"!

Finanzsenator Nußbaum hat das Land Berlin 2010 gegenüber dem Stabilitätsrat des Bundes per Konsolidierungsvertrag verpflichtet das "strukturelle Defizit" in Höhe von 2.011,5 Mio. € in den Jahren 2011 bis 2020 in zehn gleichen Schritten auf Null zurückzuführen. In den Jahren 2012 hat Berlin erstmalig 283 Mio. € und im Jahr 2013 488 Mio. € Schulden getilgt. **Damit einher geht der Abbau von weiteren 4.200 Stellen 2014 im Öffentlichen Dienst!** Sparsamkeit und eine publikumsfreundliche Verwaltung mit weniger Personal straffer zu gestalten sei das Ziel. (www.stabilitaetsrat.de) **Diese Politik bedeutet Berlin weiter kaputt zu sparen!**

1% Schuldentilgung wären 620 Millionen! Berlin kann also weniger tilgen, als jeder Häuslebauer!

Angekommen ist dieser Sparkurs mit dramatischen Folgen bei Kunden und Arbeitnehmern in Berlin mit der zunehmend prekärer werden-

der Beschäftigung für viele Kollegen in der Charité (CFM), bei Vivantes, im Kulturbereich, bei den Musik- und Volkshochschulen, dem Technikmuseum, Botanischen Garten und Opernhaus, in den Schulen und Universitäten, den Schul- und Landesbibliotheken, den Verkehrsbetrieben BVG und S-Bahn, den Kinder- und Jugendambulanzen, den Wohnungsbaugesellschaften, beim Flughafen usw. Prekäre Beschäftigung heißt auch: mangelnde Kaufkraft der Berliner!

Und Berlins Infrastruktur?

In den Berliner Wasserbetrieben wurde die Erneuerungsrate der Investitionen gestreckt. Mit der derzeitigen Rate von 0,33% (303 Jahre), einer angesetzten mittleren Nutzungsdauer, die geheim gehalten wird, einer im Preis kalkulierten Nutzungsdauer von 30-50 Jahren dürfte das Kanalnetz Berlins keiner optimalen Sanierungsstrategie unterliegen – doch das Land holt sich nun Rendite aus den Wasserbetrieben, wie zuvor die Privaten- für die Einhaltung der Schuldenbremse. Das sind nur Beispiele, sie ließen sich ergänzen bei den Bussen, S-Bahn-Zügen, Schwimmbädern, Schulgebäuden ... ! Was noch kommen wird, sehen wir in Berlin jetzt schon.

Wir stehen im "Wettbewerb" und der ist so heilig wie die schwarze NULL!

In Spanien, Irland, Portugal und Griechenland werden den Bürgern durch "mutige" Reformen abverlangt: Kappung der Mindestlöhne, Schleifung des Kündigungsschutzes, Feiertage weg, Flexibilisierung der Arbeitszeit und Verlängerung der Lebensarbeitszeit, Dezentralisierung der Lohnverhandlungen, um die Gewerkschaften zu schwächen! Dem allen ist in Berlin nicht fern!

Sind also die Berliner Bundestagsabgeordneten und die Abgeordneten der Meinung, Berlin könne sich durch "Sparen", "Gewinnabführung" aus den Öffentlichen Betrieben und "Wachstum durch Wettbewerbsfähigkeit" selbst aus der Haushaltsnotlage befreien?

- **Was sehen die Verhandlungen zum Haushalt und Länderfinanzausgleich vor?**
- **Gibt es neue Bestrebungen zur Übernahme der Berliner „Altlasten“ durch den Bund?**
- **Was plant Minister Gabriel mit seiner PPP-Offensive?**
- **Muss ein neuer Senat nicht den „Konsolidierungs“-Vertrag mit dem Bund aufheben?**
- **Welchen Einfluss nimmt die EU?**

Was sagen die Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten zu diesen Fragen? Wir sind gespannt auf die Diskussion und laden alle Interessierten herzlich dazu ein. Diskutieren Sie mit! Stellen Sie Ihre Fragen! Ihre SPD Abteilung 12 Friedrichshain-Kreuzberg